



Start-up Politik neu denken: Was muss eine Strategie für Deutschland bieten?

Policy Brief Nr. 03 | 2026

Einleitung

Start-ups sind zu einem Prüfstein europäischer Zukunftsfähigkeit geworden. Sie entscheiden mit darüber, ob aus Forschung marktfähige Innovationen entstehen, ob neue Technologien in Europa skaliert werden und ob wirtschaftliche Erneuerung mit gesellschaftlichem Fortschritt verbunden werden kann. Deutschland hat mit seiner ersten Start-up-Strategie (BMWK 2022) wichtige Themen auf die politische Agenda gesetzt: bessere Finanzierung, mehr Ausgründungen aus Wissenschaft und Forschung, einfachere Gründungsprozesse, stärkere Beteiligung von Frauen, bessere Mitarbeiterkapitalbeteiligung und mehr internationale Sichtbarkeit des Standorts. Die entscheidende Frage ist nicht mehr, ob Deutschland eine Start-up-Strategie braucht, sondern ob sie schnell, kohärent und mit messbaren Zielen unterlegt umgesetzt wird.

Der europäische Vergleich macht diese Frage besonders relevant. Neue empirische Evidenz des ZEW unterstreicht die Bedeutung dieser Herausforderung: Eine Analyse von mehr als neun Millionen Unternehmensgründungen in Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich zwischen 2009 und 2023 zeigt, dass alle drei Länder über ein erhebliches, bislang nicht ausgeschöpftes Scale-up-Potenzial verfügen (vgl. ZEW 2025). Zwar weisen viele Gründungen Merkmale auf, die auf zukünftiges Wachstum hindeuten, doch deutlich weniger Unternehmen, als erwartet entwickeln sich tatsächlich zu Scale-ups. Die zentrale Herausforderung europäischer Start-up-Politik liegt damit zunehmend nicht in der Generierung neuer Gründungen, sondern in der Überwindung von Wachstumsbarrieren nach der Gründungsphase.

Die EU und einzelne EU-Länder haben in den vergangenen Jahren eigene Schwerpunkte gesetzt: Frankreich verbindet Start-up-Politik eng mit Industriepolitik, Deep Tech und staatlich mobilisiertem Wachstumskapital (vgl. Mission French Tech 2025). Estland zeigt, wie digitale Verwaltung, internationale Talente und einfache Unternehmensgründung als Standortvorteil wirken können (vgl. Start-up Estonia 2020). Die Niederlande setzen stark auf Skalierung, Kapitalzugang und die institutionelle Verankerung ihres Ökosystems (vgl. Rijksoverheid 2026). Spanien und Portugal nutzen steuerliche Anreize, Visa-Regeln und Standortpolitik, um Gründende und Investor:innen anzuziehen (vgl. Startup Portugal o.J.; Jefatura del Estado 2022). Diese Beispiele sind keine Blaupausen, aber sie schärfen den Blick für politische Hebel, die hier bisher unzureichend greifen.

Derzeit bündelt die Bundesregierung Maßnahmen im Rahmen einer neuen Start-up- und Scale-up-Strategie (BMWE 2026), die zeitnah verabschiedet werden soll: Dieser Policy Brief fragt daher, was Deutschland aus der eigenen ersten Start-up-Strategie und aus den Erfahrungen anderer EU-Länder lernen kann. Im Mittelpunkt steht nicht die Suche nach dem „besten“ Modell, sondern nach übertragbaren Prinzipien: Wie lassen sich Finanzierungslücken schließen? Wie kann der Staat Gründung und Skalierung vereinfachen? Wie wird aus Forschung schneller unternehmerische Wertschöpfung? Wie werden wir attraktiv für internationale Talente? Und wie kann Start-up-Politik so gestaltet werden, dass sie Wettbewerbsfähigkeit, technologische Souveränität und gesellschaftlichen Nutzen gleichermaßen stärkt? Zu all diesen Fragen sollte eine Start- und Scale-up Strategie Antworten bieten.

Deutschlands Start-up-Strategie bis 2025: Fortschritte, Umsetzungslücken und offene Baustellen

Bis 2025 fällt die Bilanz der deutschen Start-up-Strategie ambivalent aus (vgl. BMWK 2023 und BMWK 2024). Ihr wichtigster Beitrag besteht darin, Start-up-Politik erstmals als ressortübergreifende Aufgabe zu formulieren und zentrale Stellschrauben des Ökosystems in einem gemeinsamen Rahmen zu bündeln: Finanzierung, Fachkräfte, Mitarbeiterkapitalbeteiligung, Ausgründungen aus Wissenschaft und Forschung, Diversität, Datenzugang, öffentliche Beschaffung, soziale Innovationen und Internationalisierung. Der zweite Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Start-up-Strategie der Bundesregierung (BMWK 2024) zeigt, dass in vielen

dieser Handlungsfelder Maßnahmen angestoßen oder weiterentwickelt wurden. Er macht damit sichtbar, dass die Strategie nicht nur programmatisch geblieben ist, sondern in konkrete Initiativen, Förderinstrumente und regulatorische Reformansätze übersetzt wurde sowie mit messbaren Zielen unterlegt wurde. Genau darin liegt ein wichtiger Fortschritt: Start-ups werden politisch nicht mehr nur als junge Digitalunternehmen betrachtet, sondern als potenzielle Treiber von Innovationsfähigkeit, technologischer Souveränität, Transformation und wirtschaftlicher Erneuerung.

Der Erfolg der Strategie zeigt sich unter anderem an der Zahl begonnener oder abgeschlossener messbarer Maßnahmen. Darüber hinaus ist entscheidend, ob Gründer:innen und Scale-ups im Alltag tatsächlich bessere Bedingungen vorfinden. Hier bleiben zentrale Baustellen bestehen. Gründungsprozesse sind weiterhin zu bürokratisch und zu wenig digital integriert, der Zugang zu Wachstumskapital bleibt im internationalen Vergleich begrenzt, und der Transfer aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist noch immer zu stark von komplexen Zuständigkeiten, langwierigen Verfahren und uneinheitlichen IP-Regeln geprägt. Auch bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, der Fachkräftegewinnung und der öffentlichen Beschaffung zeigt sich, dass rechtliche Reformen und politische Programme erst dann Wirkung entfalten, wenn sie für Start-ups einfach nutzbar, verlässlich und skalierbar sind.

Die Start-up-Strategie bis 2025 verweist damit auf eine grundlegende Lernaufgabe für Deutschland: Neben einem breiten möglichst ressortübergreifenden Maßnahmenportfolio ist eine stärkere Priorisierung der Hebel notwendig, die unmittelbar auf Wachstum und Skalierung einzuwirken. Auch die Ergebnisse des ZEW zeigen, dass Deutschland zwar weiterhin über eine hohe unternehmerische Qualität verfügt, gemessen am erwarteten Scale-up-Potenzial junger Unternehmen, sich diese Stärke jedoch nicht ausreichend in tatsächliche Wachstumsunternehmen übersetzt (ZEW 2025). Die Analyse deutet darauf hin, dass die Lücke zwischen vorhandenem Potenzial und realisierten Scale-ups in den vergangenen Jahren eher größer geworden ist. Dies spricht dafür, dass nicht die Entstehung innovativer Unternehmen das zentrale Problem darstellt, sondern die Rahmenbedingungen für deren Wachstum und Skalierung.

Deutschland verfügt über starke Forschung, industrielle Kompetenzen, Kapitalreserven und regionale Innovationsökosysteme. Dennoch gelingt es noch nicht verlässlich genug, aus technologischer Stärke international

wachsende Unternehmen entstehen zu lassen. Für die nächste Phase sollte Deutschland daher weniger in zusätzlichen Einzelmaßnahmen denken, sondern in einer kohärenten Scale-up-Agenda: schnelle digitale Gründungs- und Genehmigungsprozesse, bessere Mobilisierung privaten Wachstumskapitals, gründungsfreundlicher Technologietransfer, attraktive Bedingungen für (internationale) Talente und ein Staat, der öffentliche Nachfrage strategisch nutzt. Erst wenn diese Elemente wirksam zusammenspielen, wird aus Start-up-Politik eine Standortpolitik, die Deutschlands Innovationspotenzial auch in europäische Wettbewerbsfähigkeit übersetzt.

Europäische Vergleichsfälle: Was Frankreich, Estland, die Niederlande und Südeuropa anders machen

Der europäische Vergleich zeigt, dass es nicht die eine erfolgreiche Start-up-Strategie gibt. Vielmehr setzen die Länder unterschiedliche Schwerpunkte, die aus ihrer Wirtschaftsstruktur, Staatsorganisation und politischen Kultur erklärbar sind. Für Deutschland ist dieser Vergleich besonders aufschlussreich, weil er sichtbar

macht, an welchen Stellen die eigene Start-up-Strategie zu breit angelegt, zu langsam oder zu wenig verbindlich bleibt.

Frankreich, Estland, die Niederlande sowie Spanien und Portugal stehen dabei für vier unterschiedliche Lernfelder: strategische Industriepolitik, digitale Staatlichkeit, konsequente Scale-up-Orientierung und internationale Standortattraktivität. Die hier zusammengeführten Befunde stützen sich im Wesentlichen auf den ZEW Policy Brief „European Entrepreneurship: Trends in Start-ups and Scale-ups in France, Germany and the UK“ sowie auf das zugrunde liegende ZEW Discussion Paper „The State of European Entrepreneurship“, in denen mehr als neun Millionen Unternehmensgründungen in Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich für den Zeitraum 2009 bis 2023 untersucht werden.

Frankreich verfolgt den sichtbarsten und am stärksten staatlich orchestrierten Ansatz. Start-up-Politik ist dort eng mit nationaler Industrie-, Innovations- und Souveränitätspolitik verbunden. Die Einschätzung zur Entwicklung Frankreichs und zu möglichen Ursachen wie Bpifrance, French Tech Mission, steuerlichen Anreizen und vereinfachten Gründungsverfahren folgt der ZEW-

ABBILDUNG 1

Europäische Vergleichsfälle: Was Frankreich, Estland, die Niederlande und Südeuropa anders machen

Vier unterschiedliche Ansätze – vier Lernfelder für Deutschland

	 FRANKREICH Strategische Industriepolitik und staatliche Orchestrierung	 ESTLAND Digitaler Staat und internationale Offenheit	 NIEDERLANDE Konsequente Ausrichtung auf Skalierung	 SÜDEUROPA (Spanien & Portugal) Standortattraktivität und internationale Anziehungskraft
 Strategischer Fokus	Verknüpfung von Start-up-Politik mit Industrie-, Innovations- und Souveränitätspolitik; Fokus auf strategische Technologiefelder.	global ausgerichtete Start-ups durch digitale Exzellenz des Staates, einfache Prozesse und internationale Offenheit.	Vom Gründen zum Skalieren: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Entstehung neuer Tech-Champions.	Internationale Gründer:innen, Talente und Investoren anziehen; attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen.
 Finanzierung und Investitionen	Starke öffentliche Mobilisierung von Kapital; Programme wie French Tech 2030 für Deep Tech und Zukunftstechnologien.	Kleinere Kapitalmärkte, Fokus auf öffentlichen Seed-Fonds, EU-Mitteln und schlanken Förderinstrumenten.	Mehr Risikokapital, institutionelle Investoren, Verlängerung von Techleap; gezielte Unterstützung für Scale-ups.	Steuerliche Anreize für Investoren, öffentliche Förderprogramme und Matching-Instrumente; Fokus auf Wachstumskapital.
 Talent und Internationalität	Gezielte Rekrutierung und Unterstützung für Talente; starke Marke „French Tech“ für Sichtbarkeit und Anziehungskraft.	Startup Visa und Scale-up Visa für nicht-europäische Gründer:innen und Fachkräfte; „Digital Nomad Visa“.	Gepante steuerliche Regelung für Mitarbeiterbeteiligung; international orientierte Talentsstrategien und Wissensmobilität.	Visa-Programme, erleichteter Zugang für Talente und digitale Nomaden; Lebensqualität als Standortvorteil.
 Regulierung und Staatliche Hölle	Aktive staatliche Begleitung von ausgewählten Champions (Finanzierung, IP, Regulierung, Internationalisierung, Marktzugang).	Vollständig digitale Verwaltung, E-Residency, schnelle Online-Gründung (in Stunden), datenbasierte Politik.	Klare Agenda mit messbaren Zielen; Maßnahmen zu Mitarbeiterbeteiligung, internationaler Markterschließung und Technologietransfer.	Spezielle Rechtsrahmen für Start-ups (Spanien: Ley de Startups; Portugal: Start-up-Status); steuerliche und regulatorische Erleichterungen.
 Besonderheit / Alleinstellungsmerkmal	Strategische Priorisierung und staatliche Orchestrierung in Schlüsseltechnologien.	Digitale Einfachheit als Standortvorteil – der Staat als Beschleuniger.	Konsequente Scale-up-Orientierung und enge Verzahnung von Kapital, Talent und Internationalisierung.	Attraktive Kombination aus Lebensqualität, Offenheit und gezielten Anreizen für internationale Gründungen.
 Lerneffekt für Deutschland	- Strategische Fokussierung wagen - Sichtbarkeit und Marke stärken - Begleitung und Service für Scale-ups ausbauen 	- Bürokratie radikal reduzieren - Digitale Verwaltung konsequent nutzerzentriert gestalten - Internationale Talente einfacher gewinnen 	- Klarer Fokus auf Skalierung - Mehr privates Wachstumskapital mobilisieren - Mitarbeiterbeteiligung und Technologietransfer verbessern 	- Standortattraktivität ganzheitlich denken - Internationale Ansprache von Gründer:innen und Talenten - Rechtsrahmen vereinfachen und Anreize setzen 
 Zentrale Erkenntnis: Erfolgreiche Start-up-Politik braucht ein klares Profil. Deutschland kann aus den unterschiedlichen Ansätzen lernen, indem es die eigenen Stärken nutzt und gezielt die strukturellen Schwächen im Ökosystem adressiert.				

Quelle: Eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Analyse sowie offiziellen Informationen zu French Tech 2030. Programme wie French Tech 2030 zielen nicht allein auf die allgemeine Stärkung des Ökosystems, sondern auf die gezielte Förderung strategischer Technologiefelder wie Künstliche Intelligenz, Cybersecurity, Quantum, Robotik, Elektronik, Space, Cloud und digitale Infrastruktur. Auffällig ist dabei der Anspruch, technologische Champions aktiv zu identifizieren, ihnen politische Sichtbarkeit zu geben und sie durch ein Netzwerk öffentlicher Stellen bei Finanzierung, Internationalisierung, Rekrutierung, geistigem Eigentum, Regulierung und Marktzugang zu begleiten. Anders als Deutschland, das oft auf horizontale Förderlogiken und föderal verteilte Zuständigkeiten setzt, bündelt Frankreich stärker Marke, Staat, Finanzierung und strategische Prioritäten. Die französische Strategie erscheint dabei nicht nur politisch ambitioniert, sondern auch empirisch wirksam.

Die ZEW-Analyse zeigt, dass Frankreich im Untersuchungszeitraum als einziges der betrachteten Länder einen deutlichen und kontinuierlichen Anstieg seines qualitätsbereinigten Start-up-Potenzials verzeichnen konnte. Als mögliche Ursachen werden unter anderem die Politik der „French Tech Mission“, Bpifrance, steuerliche Anreize für innovative Unternehmen sowie Reformen bei Mitarbeiterbeteiligungen und Unternehmensgründungen genannt. Damit liefert Frankreich eines der bislang sichtbarsten Beispiele dafür, wie eine langfristig koordinierte Startup- und Innovationspolitik die Entstehung wachstumsstarker Unternehmen fördern kann.

Der Preis dieses Modells kann eine stärkere Zentralisierung und größere Nähe zwischen Staat und ausgewählten Unternehmen sein. Der Lerneffekt für Deutschland liegt dennoch auf der Hand: Deep-Tech- und Scale-up-Politik braucht nicht nur Förderprogramme, sondern auch Priorisierung, Sichtbarkeit und eine ressortübergreifende Begleitung der wachstumsstärksten Unternehmen.

Estland steht für ein fast gegenteiliges Modell (Saluveer 2020). Als kleines Land kann es keinen großen Heimatmarkt bieten; gerade deshalb versteht es sich als Testfeld und Beschleuniger für global ausgerichtete Unternehmen. Der Kern der estnischen Start-up-Politik ist weniger ein einzelnes Förderprogramm als ein digitales Betriebssystem des Staates: Unternehmensgründung, Steuererklärung, digitale Signaturen und viele Verwaltungsprozesse sind so angelegt, dass sie Gründer möglichst wenig Zeit kosten. Hinzu kommen Instrumente wie Startup Visa und Scale-up Visa, die nicht-

europäische Gründer und Fachkräfte gezielt anziehen sollen. Estland zeigt, dass Geschwindigkeit, Einfachheit und digitale Verlässlichkeit selbst dann ein Standortvorteil sein können, wenn Kapitalmarkt, Binnenmarkt und industrielle Basis kleiner sind als in Deutschland. Für Deutschland ist dies eine unbequeme Lektion: Bürokratieabbau wird erst dann glaubwürdig, wenn er im Alltag der Unternehmen spürbar wird. Ein „Startup in a Day“ wäre nicht nur ein Verwaltungsprojekt, sondern ein Symbol dafür, inwieweit sich der Staat als Ermöglicher von Innovation versteht.

Die Niederlande wiederum verschieben den Fokus ausdrücklich vom Gründen zum Skalieren (Rijksoverheid 2022). Die niederländische Agenda für Start-ups und Scale-ups betont Kapital, Talent, internationale Markterschließung, Deep Tech und die institutionelle Stärkung des Ökosystems. Besonders relevant ist, dass die Niederlande konkrete Zielbilder formulieren, etwa die Entstehung neuer Technologie- und Marktführer, und diese mit Instrumenten wie zusätzlichem risikotragendem Kapital, der Verlängerung von Techleap, einer geplanten steuerlichen Regelung für Mitarbeiterbeteiligung und Maßnahmen zum Wissens- und Technologietransfer verbinden. Damit adressieren sie eine zentrale Schwäche vieler europäischer Ökosysteme: Start-ups werden zwar gegründet, wachsen aber nicht häufig genug zu international relevanten Unternehmen. Für Deutschland ist der niederländische Fall interessant, weil er zeigt, wie eine Start-up-Strategie stärker in eine Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeitsagenda übersetzt werden kann. Entscheidend ist nicht die Zahl der Programme, sondern ob die zentralen Engpässe des Skalierens systematisch bearbeitet werden.

Südeuropa, vor allem Spanien und Portugal, setzt einen weiteren Akzent: die Attraktivität als internationaler Gründungs-, Arbeits- und Lebensstandort. Spanien hat mit seiner Start-up-Gesetzgebung einen spezifischen Rechtsrahmen für innovative junge Unternehmen geschaffen, einschließlich steuerlicher Entlastungen, verbesserten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligung, Investorenanreizen und Regelungen zur Anziehung internationaler Talente und digitaler Nomad:innen (Jefatura del Estado 2022). Portugal kombiniert eine klare rechtliche Anerkennung von Start-ups und Scale-ups mit Visa-Programmen, steuerlichen Anreizen, Inkubatorstrukturen, Matching-Plattformen und Förderinstrumenten wie Start-up-Vouchers für digitale und technologische Produkte (República Portuguesa (2023): Law No. 21/2023).

Beide Länder zeigen, dass Standortpolitik nicht nur über Kapital und Regulierung funktioniert, sondern auch über Lebensqualität, Offenheit, internationale Ansprache und administrative Zugänge für ausländische Gründer.

Für Deutschland ergeben sich aus diesen Vergleichsfällen keine einfachen Blaupausen. Frankreichs industriepolitische Steuerung passt nur teilweise zu einem föderalen, stärkeren markt- und mittelstandsgeprägten System. Estlands digitale Agilität lässt sich nicht eins zu eins auf ein großes Land mit komplexerer Verwaltung übertragen. Die Niederlande profitieren von kleineren Strukturen und hoher institutioneller Koordination. Spanien und Portugal können mit Standortattraktivität punkten, die nicht allein politisch herstellbar ist. Dennoch zeigen alle Fälle, dass erfolgreiche Start-up-Politik ein klares Profil braucht. Deutschland muss daher weniger versuchen, alle Ansätze gleichzeitig nachzubilden, sondern aus ihnen eine eigene Lernagenda ableiten: strategischer bei Deep Tech, schneller in der Verwaltung, konsequenter beim Skalieren und internationaler in der Ansprache von Talenten, Kapital und Gründern. Die zentralen Fragen lauten dabei, welche Elemente so angepasst werden können, dass sie zum deutschen Innovationssystem passen und dessen strukturelle Schwächen gezielt adressieren, sowie welche ersten Initiativen schon da sind, die jetzt weiterausgebaut und zum Erfolg geführt werden können. Wie kann ein transparentes Monitoring dazu beitragen, einen Sektor, der auch sehr stark von privaten Akteuren abhängt, auf eine gemeinsam getragene Strategie einzustimmen?

Vom Gründen zum Skalieren: Welche politischen Hebel Start-ups wirklich wachsen lassen

Der europäische Vergleich macht deutlich: Die zentrale Herausforderung der Start-up-Politik liegt nicht mehr allein darin, mehr Gründungen zu ermöglichen, sondern junge Unternehmen systematisch in die Wachstumsphase zu bringen. Für Deutschland bedeutet das einen Perspektivwechsel vom Gründungs- zum Skalierungsökosystem. Start-ups wachsen dann, wenn politische Rahmenbedingungen entlang des gesamten Entwicklungspaths zusammengedacht werden: von der ersten Finanzierung über den Zugang zu Talenten und Märkten bis hin zu regulatorischer Planungssicherheit und Exit-Möglichkeiten. Einzelne Förderprogramme reichen dafür nicht aus. Entscheidend ist, ob Kapital, Verwaltung, Forschung, Arbeitsmarkt und öffentliche Nachfrage so

ineinandergreifen, dass aus innovativen Ideen international wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen können. Ein erster Hebel ist der Zugang zu Wachstumskapital. Gerade in kapitalintensiven Bereichen wie Deep Tech, KI, Quantentechnologien, Biotechnologie oder Klima-Technologien benötigen Start-ups größere und langfristige Finanzierungsrunden. Deutschland verfügt zwar über erhebliche private Kapitalreserven, mobilisiert diese aber bislang zu wenig für risikoreiche Innovationsfinanzierung. Politisch geht es daher nicht nur um neue staatliche Fonds, sondern um bessere Anreize für institutionelle Investoren, verlässliche Co-Investment-Strukturen und einen tieferen europäischen Kapitalmarkt. Die WIN-Initiative ist ein erster Ansatz, der auf die konsequente Umsetzung wartet.

Ein zweiter Hebel ist der Marktzugang. Scale-ups brauchen frühe Referenzkunden, internationale Netzwerke und einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt. Gerade öffentliche Beschaffung könnte hier eine strategische Rolle spielen: Wenn der Staat innovative Lösungen nicht nur fördert, sondern selbst nachfragt, entstehen Glaubwürdigkeit, Umsätze und Lernkurven für junge Unternehmen. Bislang bleibt dieses Potenzial in Deutschland weitgehend ungenutzt.

Drittens entscheidet Talent über Wachstum. Schnelle Visa-Verfahren, attraktive Bedingungen für internationale Fachkräfte, moderne Regeln für Mitarbeiterkapitalbeteiligung und eine gründungsfreundliche Arbeitskultur sind zentrale Standortfaktoren. Ohne die richtigen Teams bleiben technologische Vorsprünge ungenutzt.

Viertens braucht Skalierung einen besseren Transfer aus Wissenschaft und Forschung. Deutschland hat starke Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aber Ausgründungen scheitern noch zu oft an langwierigen Verfahren, unklaren IP-Regeln und fehlender Frühphasenfinanzierung. Erfolgreiche Scale-up-Politik muss Technologietransfer daher als Kernaufgabe behandeln.

Besonders relevant für Deutschland ist die regionale Perspektive. Anders als in Frankreich oder Großbritannien konzentriert sich unternehmerische Qualität nicht ausschließlich auf wenige Metropolen. Neben München weisen auch wissenschaftsintensive Regionen wie Heidelberg, Bonn oder Jena eine hohe unternehmerische Qualität auf. Dies spricht dafür, dass Forschungseinrichtungen, Hochschulen und wissenschaftsintensive Cluster entscheidende Faktoren für die Entstehung wachstumsstarker Unternehmen sind. Eine zukünftige Start-up-

Politik sollte daher noch deutlicher regionale Innovationsökosysteme systematisch stärken. Der wichtigste politische Hebel liegt schließlich im Zusammenspiel dieser Faktoren. Start-ups wachsen nicht durch ein einzelnes Instrument, sondern durch ein kohärentes Umfeld. Für Deutschland heißt das: weniger Einzelmaßnahmen, mehr Verbindlichkeit, mehr Geschwindigkeit und eine klare Ausrichtung auf Skalierung.

Lernagenda für Deutschland: Start-up-Politik strategischer, europäischer und wirkungsorientierter ausrichten

Die Lernagenda für Deutschland sollte darin bestehen, Start-up-Politik künftig strategischer, europäischer und wirkungsorientierter auszurichten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Deutschland hat viele der relevanten Handlungsfelder erkannt, doch die nächste Start-up-Strategie muss stärker priorisieren, schneller umsetzen und ihre Maßnahmen konsequent daran messen, ob sie Gründung, Wachstum und Skalierung tatsächlich erleichtern. Im Zentrum steht dabei die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für Start-ups und Scale-ups. Gerade wachstumsstarke Unternehmen in kapitalintensiven Zukunftsfeldern wie Deep Tech, Klima-Technologien oder Gesundheit brauchen größere Finanzierungsrunden, langfristigeres Kapital und bessere Anschlussfinanzierungen. Deutschland sollte deshalb nicht nur öffentliche Förderinstrumente weiterentwickeln, sondern vor allem privates und institutionelles Kapital stärker mobilisieren und europäische Kapitalmarktstrukturen nutzen. Eng damit verbunden ist die Förderung von Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Deutschland verfügt über eine exzellente Wissenschaftslandschaft, schöpft ihr unternehmerisches Potenzial aber noch nicht ausreichend aus. Klare IP-Regeln, professionelle Transferstrukturen, bessere Frühphasenfinanzierung und stärkere Anreize für wissenschaftliche Gründer sind zentrale Voraussetzungen dafür, dass Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Innovationen übersetzt werden. Ebenso entscheidend bleibt der Abbau von Bürokratie. Ein moderner Gründungsstandort muss digitale, einfache und verlässliche Verfahren bieten – von der Unternehmensgründung über Genehmigungen bis hin zu Berichtspflichten. Bürokratieabbau darf dabei nicht als einmalige Entlastungsmaßnahme verstanden werden, sondern als dauerhafte Gestaltungsaufgabe eines innovationsfreundlichen Staates. Ein weiterer Hebel liegt in Vergabe und Wettbewerb. Start-ups brauchen nicht nur Fördermittel, sondern Kundenzugang, Referenzen und faire

Chancen gegenüber etablierten Anbietern. Öffentliche Beschaffung sollte deshalb stärker als strategisches Innovationsinstrument genutzt werden, etwa durch kleinere Lose, innovationsfreundliche Vergabekriterien, Pilotprojekte und bessere Zugänge zu öffentlichen Daten und Märkten. Zugleich muss Deutschland Fachkräfte gewinnen und sichern. Dafür braucht es schnelle Visa- und Anerkennungsverfahren, attraktive Bedingungen für internationale Talente, bessere Mitarbeiterkapitalbeteiligung und eine Willkommenskultur, die Gründer anzieht und hochqualifizierte Beschäftigte langfristig bindet.

Angesichts geopolitischer Veränderungen sollte Deutschland sicherheitsrelevante Innovationen gezielter in den Blick nehmen, ohne die Offenheit des zivilen Innovationssystems zu verlieren. Dazu gehören klare Schnittstellen zwischen Start-ups, öffentlicher Beschaffung, Bundeswehr, Sicherheitsbehörden und europäischen Verteidigungsinitiativen. Schließlich sollte die neue Strategie Kooperationen zwischen etablierten Unternehmen und (wirkungsorientierten) Start-ups sowie die Vernetzung und Sichtbarkeit des deutschen Ökosystems stärken. Deutschland hat mit Mittelstand, Industrie, Forschung und regionalen Innovationsclustern enorme Stärken, doch diese Akteure arbeiten noch zu selten systematisch zusammen. Eine zielorientierte Start-up-Politik müsste daher nicht nur Programme auflegen, sondern sektorübergreifende Verbindungen schaffen: zwischen Start-ups und Industrie, zwischen Hochschulen und Kapital, zwischen Regionen und europäischen Märkten. Strategischer wird die Politik, wenn sie klare Prioritäten setzt; europäischer, wenn sie Skalierung über nationale Grenzen hinweg denkt; wirkungsorientierter, wenn sie ihren Erfolg nicht an Maßnahmenkatalogen misst, sondern daran, ob mehr innovative Unternehmen, die beispielsweise auch sozialen und ökologischen Mehrwert bieten in Deutschland entstehen, wachsen und international wettbewerbsfähig bleiben. Anders als häufig angenommen zeigt sich in Anlehnung an die Studien des ZEW (ZEW 2025; ZEW 2026) in Europa ein positiver Zusammenhang zwischen der Anzahl von Gründungen und der Qualität unternehmerischer Aktivität: Regionen mit vielen Unternehmensgründungen bringen tendenziell auch mehr wachstumsstarke Unternehmen hervor. Maßnahmen zur Senkung von Eintrittsbarrieren, zur Vereinfachung von Gründungen und zur Förderung unternehmerischer Dynamik können somit gleichzeitig die Grundlage für mehr Scale-ups schaffen. Somit ist es unabdinglich, dass Gründungs- und Scale-up Förderung miteinander verzahnt werden.

Abstract

Deutschland hat mit seiner ersten Start-up-Strategie bis 2025 wichtige Handlungsfelder identifiziert: bessere Finanzierungsbedingungen, mehr Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Bürokratieabbau, vereinfachte Gründungsprozesse, Zugang zu öffentlicher Vergabe, Fachkräftesicherung, Diversity, Kooperationen mit etablierten Unternehmen sowie mehr Sichtbarkeit des deutschen Start-up-Ökosystems. Die Bilanz zeigt jedoch: Die richtigen Themen sind gesetzt, aber ihre Wirkung hängt davon ab, ob sie schneller, verbindlicher und stärker auf Skalierung ausgerichtet umgesetzt werden. Der zentrale Engpass liegt nicht mehr allein bei der Gründung neuer Unternehmen, sondern darin, aus innovativen Start-ups international wettbewerbsfähige Scale-ups zu machen.

Der europäische Vergleich liefert dafür wichtige Lernimpulse. Frankreich zeigt, wie Start-up-Politik strategisch mit Industriepolitik, Deep Tech und technologischer Souveränität verknüpft werden kann. Estland macht deutlich, dass digitale Verwaltung, einfache Verfahren und internationale Offenheit selbst für kleine Märkte zu starken Standortvorteilen werden. Die Niederlande setzen den Schwerpunkt konsequent auf Skalierung, Kapitalmobilisierung und die institutionelle Stärkung des Ökosystems. Spanien und Portugal zeigen, wie steuerliche Anreize, Visa-Regeln, Lebensqualität und internationale Standortpolitik genutzt werden können, um Gründer:innen, Talente und Investor:innen anzuziehen.

Für Deutschland ergibt sich daraus keine Blaupause, sondern eine Lernagenda. Die neue Start-up-Strategie sollte strategischer priorisieren, europäischer denken und ihre Wirkung klarer messen. Entscheidend sind bessere Finanzierungsbedingungen für Start-ups und Scale-ups, ein leistungsfähiger Technologietransfer, weniger Bürokratie, innovationsfreundliche Vergabe, attraktive Bedingungen für Fachkräfte, die gezielte Stärkung von Start-ups in sicherheits- und verteidigungsrelevanten Feldern sowie engere Kooperationen zwischen Start-ups, Mittelstand, Industrie, Forschung und öffentlicher Hand. Deutschland verfügt über starke wissenschaftliche, industrielle und regionale Innovationspotenziale. Damit daraus mehr international erfolgreiche Unternehmen entstehen, muss Start-up-Politik künftig stärker als Scale-up-, Innovations- und Standortpolitik verstanden werden.

Deutschland braucht keine Start-up-Strategie, die lediglich mehr Maßnahmen bündelt, sondern eine wirkungsorientierte Scale-up-Agenda, die Kapital, Talente, Forschung, Verwaltung, öffentliche Nachfrage und europäische Märkte übergreifend verbindet, damit innovative Unternehmen in Deutschland entstehen, wachsen und international wettbewerbsfähig bleiben.

Literatur

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2022): Start-up-Strategie der Bundesregierung. Berlin: BMWK.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2023): Erster Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Start-up-Strategie der Bundesregierung. Berlin: BMWK.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2024): Zweiter Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Start-up-Strategie der Bundesregierung. Berlin: BMWK.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) (2026): Startup- und Scaleup-Strategie der Bundesregierung. Berlin: BMWE.

Bundesverband Deutsche Startups e. V. (Hrsg.) (2024): Deutscher Startup Monitor 2024. Den Blick nach vorne. Berlin: Bundesverband Deutsche Startups e. V.

Colombo, Massimo G.; Füner, Lena; Guerini, Massimiliano; Hottenrott, Hanna und De Souza, Daniel (2025): The State of European Entrepreneurship: Trends in Quantity and Quality in France, Germany, and the UK (2009–2023). ZEW Discussion Paper No. 25-052. Mannheim: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

Colombo, Massimo G.; Füner, Lena; Guerini, Massimiliano; Hottenrott, Hanna und De Souza, Daniel (2026): European Entrepreneurship: Trends in Start-ups and Scale-ups in France, Germany and the UK. ZEW Policy Brief No. 09, Juni 2026. Mannheim: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

Draghi, Mario (2024): The Future of European Competitiveness. A Competitiveness Strategy for Europe. Brüssel: Europäische Kommission.

EFI – Expertenkommission Forschung und Innovation (2026): Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2026. Berlin: EFI.

Europäische Kommission (2025): The EU Startup and Scaleup Strategy. Choose Europe to Start and Scale. Communication from the Commission, COM(2025) 270 final. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2025): The EU Startup and Scaleup Strategy. Choose Europe to Start and Scale. Commission Staff Working Document, SWD(2025) 138 final. Brüssel: Europäische Kommission.

Hirschfeld, Alexander; Gilde, Jannis; Walk, Vanusch und Ansorge, Mia (2024): Start-ups und soziale Herkunft. Was Gründer:innen prägt und antreibt. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. DOI: 10.11586/2024058.

Jefatura del Estado (2022): Ley 28/2022, de 21 de diciembre, de fomento del ecosistema de las empresas emergentes. Boletín Oficial del Estado, Nr. 306, 22. Dezember 2022. Madrid.

Mission French Tech (2025): French Tech 2030. Paris: Gouvernement français. Online-Publikation, abgerufen am 12. Juni 2026.

Rijksoverheid (2022): Startup and Scale-up Agenda of the Netherlands. Den Haag: Ministerie van Economische Zaken en Klimaat.

Saluveer, Sten-Kristian; Truu, Maarika: Startup Estonia White Paper 2021 – 2027 (2020.). Online-Publikation, abgerufen am 12. Juni 2026.

Startup Portugal (o. J.): Recognition of Startup and Scale Up Status. Lissabon: Startup Portugal. Online-Publikation, abgerufen am 12. Juni 2026.

Techleap.nl (2026): State of Dutch Tech 2026 Report. Amsterdam: Techleap.nl. Online-Publikation, abgerufen am 12. Juni 2026.

Portugal – República Portuguesa (2023): Law No. 21/2023. Startup Law and Measures for the Promotion of Entrepreneurship and Innovation. Lissabon: Governo de Portugal.

Die Recherche zu diesem Policy Brief wurde durch KI unterstützt.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung 2026

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Programm

Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Dr. Daniel Schraad-Tischler
Director

Verantwortlich

Julia Scheerer
Senior Project Manager
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Julia.scheerer@bertelsmann-stiftung.de

Autor:innen

Julia Scheerer

© Titelfoto: InfiniteFlow - stock.adobe.com

Autor | Kontakt

Julia Scheerer
Senior Project Manager
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Julia.Scheerer@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81509

ISSN 2751 - 7373